

Gegenstand: Persönliche Vorstellung von Frau Beatrix Schnitzius, Leiterin der "Agentur für Arbeit" Ludwigshafen und Frau Anja Holscher, Geschäftsführerin des Jobcenters "Vorderpfalz-Ludwigshafen"

Die Vorsitzende begrüßt Frau Anja Hölscher und Frau Beatrix Schnitzius als Gäste. Sie übergibt anschließend das Wort an Frau Schnitzius.

Frau Beatrix Schnitzius stellt sich dem Ausschuss als neue Leiterin der Agentur für Arbeit (BA) Ludwigshafen vor. Zum 01.12.2010 trat sie hier die Nachfolge von Herrn Czupalla an. In der Bundesagentur „beheimatet“ ist Frau Schnitzius seit dem Jahr 1972, in dem sie als „klassische“ Beamtin ihre Laufbahn begann, sich später für den höheren Dienst weiter qualifiziert und nach mehreren Stationen innerhalb der Bundesagentur für Arbeit in unterschiedlichen Bundesländern nun in Ludwigshafen angekommen sei. Als „überzeugte Beamtlerin“, so Frau Schnitzius, verfolge sie in ihrer Täglichen Arbeit konsequent das Ziel, die Arbeitslosigkeit mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verringern. Diesen sozialen Auftrag nehme sie sehr ernst. Dabei habe sie stets die Finanzen fest im Blick, für deren effizienten Einsatz sich die Bundesagentur gegenüber allen Steuern zahlenden Bürger/innen in der Verantwortung sieht. Ebenso lege sie großen Wert auf eine mitarbeiterorientierte Personalpolitik.

Frau Anja Hölscher ist seit nunmehr 7 Monaten in der Region Speyer tätig. Zunächst arbeitete sie kommissarisch als Geschäftsführerin der GfA Vorderpfalz-Ludwigshafen, seit dem 01.01.2011 kommissarisch als Geschäftsführerin des gleichnamigen Jobcenters. Seit März 2011 ist Frau Hölscher ordentliche Geschäftsführerin des Jobcenters Vorderpfalz-Ludwigshafen.

Beruflich startete Frau Hölscher im Dienst der Bundesagentur ursprünglich in Nordrhein-Westfalen und kam im Anschluss an ihre Tätigkeit bei der Regionaldirektion der Bundesagentur des Saarlandes im vergangenen Jahr in die Vorderpfalz.

Das neue Jobcenter, für das 4 Kommunen (Stadt Speyer, Stadt Frankenthal, Rhein-Pfalz-Kreis und die Stadt Ludwigshafen) und der Bundesagentur gemeinsam die Trägerschaft obliegt, nehme allmählich auch seine neuen Formen an. So sei die Wahl der Schwerbehindertenbeauftragten erfolgt, ebenso die der Personalratsmitglieder, teilt Frau Hölscher mit.

Im Jobcenter sehe sie eine Organisationseinheit zwischen Kommunen und Bundesagentur, die ihren Klienten und ihren Mitarbeiter/innen gleichermaßen diene.

Einen Schwerpunkt in der Arbeit des Jobcenters bildet neben vielen anderen, die Migration. Jederzeit könne das Jobcenter Zahlen unterschiedlicher Ausrichtung liefern, denn Transparenz sei ein Grundsatz der Arbeit der Bundesagentur

Die Vorsitzende dankt beiden Damen herzlich dafür, dass sie sich die Zeit für eine persönliche Vorstellung in Speyer genommen haben.

Frau Schnitzius und Frau Hölscher bekunden ihre Bereitschaft zu weiteren Gesprächen, wenn weitere Bedarfe bestehen.

Frau Münch-Weinmann fragt nach, wie sich die Zusammenarbeit zwischen den beiden Institutionen Bundesagentur und Jobcenter gestalte.

Frau Schnitzius legt dar, dass im Bereich „Markt und Integration“ die Trägerschaft bei der Bundesagentur liege und sich daraus eine Kooperation mit dem Jobcenter bedinge. Eine konkrete Zusammenarbeit erfolge aber z.B. auch im Bereich der gemeinsamen Arbeitgeberservices und im Controlling.

Frau Hölscher ergänzt zu ihren vorherigen Ausführungen, dass die Neuregelungen zum SGB II am heutigen Tag im Bundesgesetzblatt veröffentlicht wurden und mit Wirkung zum 01.04.2011 rückwirkend zum 01.01.2011 gültig seien.

Gegenstand: Eckpunkte der Neuregelungen im SGB II
Vorlage: 0481/2011

Die Vorsitzende verweist auf die ausführliche Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt und dankte der Verwaltung für das hohe Engagement in der Vorbereitung der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets. Sie informiert über das Gespräch mit dem Sportsportverband, das am Vorabend der Sitzung stattfand.

Schwierigkeiten sieht sie v.a. in der Umsetzung der Leistungsgewährung zur Lernförderung.

Herr Lutz bittet darum, bei den in Frage kommenden Vereinen neben denen des Sports auch an das THW, die Malteser, das DRK, die Samariter und die Freiwillige Feuerwehr zu denken.

Die Vorsitzende dankt Herrn Lutz für diesen wichtigen Hinweis.

Herr Lutz regt weiter an, in der Frage der verwaltungstechnischen Abwicklung des Bildungs- und Teilhabepakets die Möglichkeit der Beauftragung eines externen Dienstleisters in Betracht zu ziehen.

Die Vorsitzende macht deutlich, dass die Verwaltung bereits einschlägige Angebote erhalten haben, doch in einem ersten Umsetzungsschritt eine externe Vergabe nicht angedacht sei.

Auf die Anfrage von **Frau Münch-Weinmann** bzgl. der Verfahrensweisen zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets (Wer versorgt wen?) bittet **Frau Völcker** noch um etwas Geduld, da dies zzt. zentraler Bestandteil der Gespräche zwischen Kommunen und Jobcenter sei.

Frau Völcker sichert allen am Umsetzungsprozess Beteiligten eine zeitnahe Information zu, sobald die Trägerversammlung im April 2011 im Rahmen eines Beschlusses die Verfahrenswege definiert hat.

Herr Cantzler gibt noch einmal bekannt, dass bezgl. des Mittagessens von Gymnasiasten, die Versorgung im Vincentius-Krankenhaus bzw. in der Verwaltungshochschule sichergestellt werden kann.

In Speyer sind von der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets ca. 500 Kinder/Jugendliche im Wohngeldbezug (Frau Völcker) sowie 684 Bedarfsgemeinschaften im SGB II-Bezug mit durchschnittlich 1,8 Kindern/Jugendlichen (Frau Höscher) betroffen.

Gegenstand: Sachstandsmitteilung aus der Arbeitsgruppe des Sozialausschusses zur Überarbeitung der "Richtlinien der Stadt Speyer für die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung der in der Wohlfahrtspflege tätigen Selbsthilfegruppen, Vereine und Verbände" aus dem Jahr 1995

Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Arbeitsgruppe einen Entwurf für die Neufassung der Richtlinien erstellt habe und bittet die AG-Mitglieder um eine kurze Sachstandsmitteilung.

Herr Lutz beschreibt den Verlauf der Sitzung der AG als konstruktiv. Auch kontroverse Ansätze wurden diskutiert. Der erarbeitete Entwurf bildet den gefundenen Kompromiss einer Projekt- und Pauschalförderung gut ab. Von seiner Seite gibt es keine Änderungs- und Ergänzungswünsche.

Frau Tabor beschreibt ebenso die Diskussion der AG, in dessen Verlauf v.a. die widersprüchlichen Gesichtspunkte ausführlich thematisiert werden konnten. Sie gibt bekannt, dass innerhalb der Fraktion noch ein paar Fragen zu klären sind, bevor eine Rückmeldung seitens der SPD erfolgen kann.

Herr Mussotter lobt den Entwurf als gute Grundlage für den weiteren Diskussionsprozess innerhalb der AG.
Er regt an, im Paragraphen zur Antragstellung die Vorlage eines Vermögensnachweises zu ergänzen.

Frau Münch-Weinmann lobt auch die Arbeit der AG; der Richtlinienentwurf vereine alle vorgetragenen Wünsche der AG-Mitglieder. Seitens der „Grünen“ besteht kein Änderungs-/Ergänzungswunsch.

Herr Brendel bittet um die Zusendung des Entwurfs, was einstimmige Zustimmung im Ausschuss findet.

Die Mitglieder der AG einigen sich auf ein weiteres Treffen im Mai. Hier soll der Entwurf abschließend bearbeitet und in der darauffolgenden Sitzung dem Ausschuss zur Abstimmung vorgelegt werden.

Frau Völcker übernimmt die Einladung.

Gegenstand: Förderung von Ferienfreizeiten im Jahr 2011 für Menschen mit Behinderungen
Vorlage: 0475/2011

Die Vorsitzende verweist auf die vorliegende Vorlage und macht deutlich, dass es sich dabei um eine jährlich wiederkehrende Beschlussfassung handelt, die den meisten Ausschussmitgliedern bekannt ist.
Es gibt keine Fragen bezgl. der Beschlussvorlage.

Der Sozialausschuss fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Für Erholungsmaßnahmen im Jahr 2011 für Menschen mit Behinderungen gewährt die Stadt Speyer den folgenden Institutionen einen Zuschuss von täglich 7,70 € für höchstens 14/15 Tage für TeilnehmerInnen aus Speyer:

1. der Interessengemeinschaft Behinderter und ihrer Freunde Speyer e.V. Speyer
2. den Werkstätten des Wichern-Institutes, Ludwigshafen-Oggersheim,
3. den Ludwigshafener Werkstätten im Gemeinschaftswerk für Behinderte GmbH, Ludwigshafen,
4. der Lebenshilfe für geistig Behinderte, Ludwigshafen und Speyer-Schifferstadt,
5. dem Zentrum für Körperbehinderte – Tagesförderstätte – Ludwigshafen, Karl-Lochner-Straße 8,
6. der Schule für geistig Behinderte, Pestalozzischule, Speyer

Gegenstand: Verschiedenes

Frau Krampitz informiert über den neu aufgelegten „Wegweiser Demenz“ in türkischer Sprache.

Die Vorsitzende gibt folgende Rückmeldung auf eine Fragestellung aus dem Arbeitstreffen von Vertreter/innen des Ausschusses mit der BA:

Frage:

Wie viele Widersprüche sind im Jahr 2010 bei der BA von Speyerer Bürgern eingegangen?

Antwort:

427 eingereichte Widersprüche, davon wurden 21,4 % stattgegeben.

58 eingereichte Klagen, davon wurden 43,1 % stattgegeben.

(Die Summen sind jeweils kumuliert.)

Frau Münch-Weinmann hinterfragt die Personalveränderung im Seniorenbüro (Reduzierung um ½ Stelle).

Die Vorsitzende macht deutlich, dass diese Stellenanteile längere Zeit unbesetzt waren und im Stellenplan des FB 4 nicht gestrichen, sondern diese ½ Stelle zugunsten der Einrichtung von Schulsozialarbeit an der Woogbach-Grundschule (neu seit 01.02.2011) umgewidmet wurde.

Frau Münch-Weinmann informiert über die „Mainzer Erklärung zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung“ der Landesarmutskonferenz Rheinland-Pfalz und bittet die Ausschussmitglieder, in ihren jeweiligen Fraktionen/Verbänden dafür zu werben, dass der Ausschuss dieser Erklärung zustimmen kann.

Das entsprechende Papier wird dem Protokoll angehängt.

Weitere Informationen zum Thema sind unter www.armut-gesundheit.de veröffentlicht.

Es wird sich darauf geeinigt, in der nächsten Sitzung die Rückmeldungen zu sammeln und über eine Unterzeichnung abzustimmen.

6. Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Speyer am 29.03.2011



6. Sitzung des Sozialausschusses 29.03.2011 **Monika Kabs**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!